



Thüringer Gesetz zur Sicherstellung von Finanzdienstleistungen im ländlichen Raum durch Sparkassen

Gesetzentwurf der Fraktion der AfD

- Drucksache 6/3297 -

ERSTE BERATUNG

Abgeordneter Brandner, AfD:

Ja, meine Damen und Herren, ist das nicht schön? Der Brandner eilt zum Rednerpult und schon füllt sich auf der rechten Seite die Regierungsbank. Also, schönen Dank! Herzlich willkommen alle! Sie waren ja längere Zeit nicht da, Herr Ramelow, Herr Hoff.

(Beifall AfD)

Ich freue mich, dass Sie mir lauschen.

Meine Damen und Herren, es geht – noch mal auch an die Besucher auf der Tribüne – um einen Antrag der AfD, in dem wir sagen: Im ländlichen Raum ist Sparkassensterben, wir wollen Bargeldversorgung sicherstellen, ein paar mehr Geldautomaten, ein paar mehr Sparkassenfilialen. Was die Altparteien jetzt daraus gemacht haben, haben Sie mitbekommen!

(Zwischenruf Abg. Höhn, SPD: Ausreichend Bargeld für alle!)

Es ist immer das gleiche Geschwurbel: Wenn die AfD irgendwo den Finger in die Wunde legt, kommen die Pawlowschen oder Ramelow'schen Reflexe zum Tragen. Da kommt ein allgemeines Gesabbel und Blabla. Alle erzählen das Gleiche und die AfD steht mit vernünftigen Ideen mal wieder alleine.

(Beifall AfD)

Das Problem bei Ihnen ist ja, dass Sie unsere Anträge meistens gar nicht lesen, sonst könnte ich mir diese dummdreisten Vorträge gar nicht anders erklären von hier vorne.

(Unruhe im Hause)

Sie lesen sie meistens gar nicht! Und wenn Sie sie gelesen haben sollten, dann verstehen Sie sie nicht.

Präsident Carius:

Herr Abgeordneter, ich bitte Sie, sich etwas zu mäßigen!

Abgeordneter Brandner, AfD:

Also „Schande des Landtags“ ging gestern auch problemlos durch, dann werde ich ja wohl „dumm-dreist“ sagen dürfen.

Präsident Carius:

Wissen Sie, wenn Sie immer austeilen, können Sie auch mal einstecken! Aber jetzt bitte ich Sie, sich zu mäßigen, wir sind hier in einer Debatte!

(Beifall CDU, DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Abgeordneter Brandner, AfD:

Ja, mache ich gern.

Als guter Debattenredner schreibt man ja immer mit, was die Vorredner sagen, und versucht darauf einzugehen. Wenn das allerdings nur so eine allgemeine nebulöse Sülze ist, wie Sie die von sich gegeben haben, dann, muss ich sagen, ist es schwierig, einzelne Sachen herauszugreifen. Zwei sage ich trotzdem mal.

Frau Floßmann, reden Sie mal mit den Leuten in Kranichborn – das ist Ihr Wählerklientel –, ob die einverstanden sind, dass im Umkreis von 15 Kilometern kein Geldautomat ist. Und die Rede, die Sie von hier vorne gehalten haben, halten Sie mal da in dem Ort, da werden Sie sehen, was Ihnen passiert.

Ansonsten stelle ich fest: Herr Pidde, Herr Müller – voll auf der neoliberalen Linie. Und so wie der Brandner aufgrund von Frau Floßmanns Anregungen bei den Linken eintreten soll, empfehle ich Ihnen vielleicht mal die FDP: Gewinne der Sparkassen über alles, aber Gemeinwohl spielt wohl keine Rolle mehr – oder wie habe ich Sie verstanden?

(Beifall AfD)

Also, Sie müssen gucken, das Gemeinwohl sollen die Sparkassen belegen, nicht Gewinne anhäufen,

(Zwischenruf Abg. Müller, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Sie müssen zuhören!)

wie Sie es von den Linken und ausgerechnet von den Spezialdemokraten von hier vorne rumtröten.

(Zwischenruf Abg. Höhn, SPD: Jetzt reicht es aber langsam!)

Präsident Carius:

Gestatten Sie eine Zwischenfrage der Abgeordneten Floßmann, Herr Brandner?

Abgeordneter Brandner, AfD:

Nein, keine Zwischenfrage.

Und dann ist es doch, muss ich sagen, vielleicht doch alles richtig gemacht, wenn uns die Merkel'schen, hier in Person von Frau Floßmann, bei den nationalen Sozialisten Thüringens verorten

(Unruhe DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

und die nationalen Sozialisten Thüringens verorten uns bei den bösen Rechten oder bei den Anarchisten

(Zwischenruf Prof. Dr. Hoff, Minister für Kultur, Bundes- und Europaangelegenheiten und Chef der Staatskanzlei: Nationale Sozialisten, das ist unerhört!)

Präsident Carius:

Herr Brandner, ich bitte Sie, sich zu mäßigen. Ihr Wortbeitrag ist unerhört für dieses Plenum. Ernsthaft!

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Kommen Sie zur Sache zurück und beschimpfen Sie nicht jeden Abgeordneten, nur weil er anderer Meinung ist als Sie.

Abgeordneter Brandner, AfD:

Ich würde mich freuen, wenn die anderen Abgeordneten es auch so handhaben würden, dass sie uns nicht nur beschimpfen, sondern sich in der Sache mit uns auseinandersetzen. Auf dieses Niveau können wir uns natürlich begeben.

(Zwischenruf Abg. Blechschmidt, DIE LINKE: Sie diffamieren Leute nur – keine Argumente!)

Lassen Sie die Leute oben urteilen, wer die besseren Argumente hat. Das sehen wir dann am 24. September.

(Zwischenruf Abg. Hey, SPD: Vorurteile, nur Vorurteile!)

Die Sparkassen, meine Damen und Herren, genießen seit jeher eine herausgehobene Position. Die Reputation gründet zu Recht auf öffentlichem Auftrag. Und jetzt komme ich dazu. Denn wer für das Gemeinwesen, Herr Pidde und Herr Müller, Dienste erbringt, der hat ein Anrecht darauf, gegenüber privaten Geschäftsbanken bevorzugt behandelt zu werden. Und in der Gewährträgerhaftung fand diese bedeutende Stellung Ausdruck. Es war die EU, die dieses bewährte deutsche Modell kaputt gemacht hat. Und genauso ist es der EU und deren Niedrigzinspolitik geschuldet, dass allen Banken und damit auch den Sparkassen und auch den Sparern die Finanzierungsbasis wegbricht. So viel zu den sicheren Geldanlagen, die Sparkassen bieten sollen – die EU grätscht auch da rein.

Die Verluste der Sparkassen, die Sie ja als Ausreden für die Filialschließungen aufgeführt haben, sind eine direkte Folge europäischer Politik und damit der Altparteien hier im Hause, die diesen Murks ohne Mucks mitmachen.

Meine Damen und Herren, nach § 2 des Sparkassengesetzes sind die Sparkassen dem gemeinen Nutzen dienende Wirtschaftsunternehmen. Sie haben in ihrem Geschäftsgebiet die Versorgung mit Finanzdienstleistungen sicherzustellen. Doch was sich auf dem Papier so schön liest, das scheitert seit eineinhalb Jahrzehnten an geschäftspolitischen Erwägungen. Seit 15 Jahren schrumpft das Sparkassennetz in Thüringen. Stefan Möller hat die Zahlen genannt. Auf meine Kleine Anfrage, was dagegen getan werden soll, antwortete die Landesregierung: Nichts. Die Landesregierung unternimmt nichts gegen die Sparkassenschließungen und sieht offenbar keine Notwendigkeit für die flächendeckende Bargeld- und Dienstleistungsversorgung im ländlichen Raum.

Diese Finanzministerin, die auch da ist, machte mit ihrer Unterschrift unter die Drucksache 6/1838 deutlich und regierungsamtlich, dass das Parlament nicht einmal einen Auskunftsanspruch dazu hat, was Filialschließungen angeht.

Frau Floßmann, unsere Zahlen haben wir übrigens vom Sparkassen- und Giroverband Hessen-Thüringen. Da können Sie nachlesen, wo die Zahlen herkommen.

Aber es passt ins Bild, denn der Ramelow-Regierung ist der ländliche Raum völlig egal, außer es geht der Ramelow-Regierung um eigene Interessen.

Frau Siegesmund, herzlich willkommen, sieht die Heimat der Thüringer nur mit Dollarzeichen in den Augen, um Windkraftinvestoren – Herr Müller, Sie gehören doch mit zu den größten Profiteuren dieser Politik hier in Thüringen – Anlageobjekte zu verschaffen. Die Waldbesitzer werden gegängelt und ihre Existenz bedroht, derweil macht der NABU mit ausgewiesenen staatlichen Flächen Riesengewinne.

Den Herren Ramelow und Poppenhäger ist der ländliche Raum auch egal. Sie wollen anonyme Großkreise nach DDR-Vorbild.

Honorarprofessor Hoff – auch er will die DDR zurück – pendelt zwischen hier und Berlin und hat wahrscheinlich den ländlichen Raum in Thüringen noch nie gesehen.

Mit Blick auf Frau Klauberts Bildungsministerium ist zu erwarten, dass es zu einem massiven weiteren Schulsterben in kleinen Ortschaften kommt.

(Zwischenruf Abg. Müller, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Was hat das mit Sparkassen zu tun?)

Und Frau Taubert ignoriert die drängenden Sorgen der Kommunen und Städte ...

Präsident Carius:

Bitte kommen Sie zur Sparkassenpolitik und zum Antrag zurück.

Abgeordneter Brandner, AfD:

Und Frau Taubert, Herr Carius, ignoriert die drängenden Sorgen der Kommunen und Städte, wenn sie nichts gegen das Sparkassensterben unternimmt. Sie sieht taten- und hilflos zu, wie ein unverzichtbarer Bestandteil unserer Infrastruktur geschäftspolitischen Erwägungen und Gewinnstreben à la Grüne und SPD zum Opfer fällt.

Wir von der AfD hingegen meinen, die Versorgung des ländlichen Raums mit Finanzdienstleistun-

gen muss Bestandteil der kommunalen Daseinsvorsorge im ländlichen Raum werden.

(Beifall AfD)

Die Sparkassen und die Kommunen sind eng miteinander verbunden. Im Verwaltungsrat – das wurde vorhin schon öfter mal angesprochen – sitzen die örtlichen und regionalen Verantwortsträger. Sie müssen die Versorgung mit Energie und Wasser oder mit ÖPNV, also Nahverkehrsangeboten, sicherstellen und die Kommunen müssen dafür Sorge tragen. Im konkreten Fall fordern wir, dass beiden, also den Kommunen und den Sparkassen, auch auferlegt wird, dafür zu sorgen, Finanzdienstleistungen und Bargeld vorzuhalten, so wie es in anderen Bereichen auch gemacht wird – ich sagte es gerade: Energie, Wasser, ÖPNV.

Aber dafür ist nicht nur eine Erweiterung der Kommunalordnung notwendig, es muss auch der Sparkassenauftrag konkretisiert werden. Sie von den Altparteien haben es bisher versäumt, den öffentlichen Auftrag der Sparkassen modern zu definieren. Es ist nicht vorgeschrieben – wir kommen dann gleich dazu –, welche Leistungen der sogenannte öffentliche Auftrag konkret umfassen soll. Aus diesem Grund haben sich die Sparkassen in den letzten Jahren mehr und mehr ausschließlich zu gewinnorientierten Unternehmen entwickelt, so wie es sich offenbar die Grünen und die SPD wünschen. Geschäftsbanken unterscheiden sich komischerweise insoweit von den Sparkassen kaum noch.

(Zwischenruf Abg. Kalich, DIE LINKE: Wie soll es denn anders gehen?)

Weil der konkrete öffentliche Auftrag bisher nicht definiert ist, kann er auch nicht kontrolliert werden. Deshalb ist unser Gesetzentwurf unentbehrlich.

Zum öffentlichen Auftrag der Sparkassen gehört ganz klar das Bargeldangebot, und zwar die flächendeckende Bereitstellung desselben. Mit dieser Konkretisierung holen wir ein Versäumnis der CDU nach, das zum katastrophalen Sparkassensterben auf dem Lande geführt hat. Damit wird eine Landesregierung – wahrscheinlich nicht mehr die jetzt amtierende, aber die nächste unter Björn Höcke – endlich in die Lage versetzt, im Rahmen der Rechtsaufsicht das Sparkassennetz im Sinne des Gemeinwohls zu steuern. Den Sparkassen – das haben Sie von den Altparteien entweder nicht gelesen oder nicht kapiert – wird auch bei unserem Gesetzentwurf breiter Raum gelassen, um den neuen Aufgaben nachzukommen; ob sie mobile Einheiten nutzen, ob sie einen telefonischen Bringservice einrichten, ob sie mit Tankstellen kooperieren, ob sie mit anderen Kreditinstituten kooperieren, ob sie mit Supermärkten kooperieren, das alles bleibt den Sparkassen selber überlassen. Sie können da frei schalten und walten, sie müssen nur ihrem Grundauftrag nachkommen.

Das Gleiche gilt auch für Beratungsleistungen. Die Sparkassen können beispielsweise Beratungen in Büros, in eigenen Versorgungszentren anbieten, auch da auf Supermärkte zurückgreifen oder auch auf andere Geschäftsbanken, mit denen sie sich vielleicht als Untermieter in Verbindung setzen.

(Zwischenruf Abg. Müller, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Brauchen Sie noch einen Job in einem Aufsichtsrat, oder wie?)

(Heiterkeit DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Herr Müller, also der Einwurf von Ihnen – googeln Sie mal Olaf Müller, wo der überall seine Finger drin hat. Und dann da kommt der Einwurf von so einem Typen – alles klar!

Der Gesetzentwurf, meine Damen und Herren, legt Wert darauf, dass an dem traditionellen Filialmodell nicht festgehalten werden muss. Das haben Sie auch nicht verstanden. Gucken Sie mal in den Gesetzentwurf rein. Im Gegenteil: Die Sparkassen in Thüringen sollen nach neuen Modellen suchen, um ihre Leistungen unter veränderten Bedingungen erbringen zu können. Das heißt aber ganz klar, dass sie nach neuen Lösungen und Konzepten suchen sollen und müssen. Die bisherige Praxis der Filialschließungen allerdings, die muss aufhören. Das gesamte Sparkassenwesen soll sich auch zukünftig stärker in die Landesplanung einbinden. Auch an dieser Stelle haben die bisherigen Landesregierungen und Mehrheiten hier in diesem Parlament auf ganzer Linie versagt. Die Landesplanung hat keinerlei Schnittstelle zu den Sparkassen. Förderprogramme und Marktplatzsanierungen haben keinen Sinn, wenn die Sparkassen in der Region ihre Dienste einstellen und der Ortskern verödet. Die Strukturförderung des ländlichen Raums kann nur zusammen mit den Sparkassen gelingen. Allein deshalb müssen Pflichtvorgaben für das Bargeldangebot und für Finanzdienstleistungen gemacht werden.

(Beifall AfD)

Meine Damen und Herren, das stärkt die Region und erhöht die Attraktivität des ländlichen Raums. Mit anderen Worten: Unsere Heimat wird attraktiver. Schließlich, niemand hier im Rund – vor allem nicht die Landesregierung – soll sich an dieser Stelle hinter der sogenannten Selbstverwaltung verstecken oder verschanzen, wie es ja gerade auch schon hier eingeführt wurde. Denn Selbstverwaltung darf nicht mit Beliebigkeit verwechselt werden. Die Selbstverwaltung untersteht immer einem gesetzlichen Zweck. Da unterscheiden sich die Sparkassen in keiner Weise von anderen Regelungsbereichen wie etwa der Sozialversicherung, die ebenfalls durch Selbstverwaltung organisiert wird. Wenn die Gesetze geändert werden, dann muss die Selbstverwaltung dem neuen gesetzlichen Auftrag folgen. Dafür gibt es Gesetze, dass die Leute sich daran halten. Das ist Ihnen vielleicht allen abhandengekommen, diese grundlegende Erkenntnis oder diese grundlegende Übereinkunft in unserem Staat, aber Gesetze sind dafür da, dass sich alle daran halten. Wenn einem Gesetze nicht gefallen, dann kann man sie ändern. Wenn die geändert sind, müssen sich wieder alle daran halten. Genauso läuft es auch mit unserem Antrag, den wir hier einbringen. Wir würden uns sehr freuen, wenn wir das in der Tiefe im Ausschuss diskutieren könnten. Wenn Sie also alle mit uns gemeinsam den ländlichen Raum stärken und nicht länger veröden lassen wollen, wenn Sie unsere Heimat Thüringen attraktiver machen wollen, dann lassen Sie uns handeln und stimmen Sie mit unserem Antrag, den ich jetzt stelle, auf Überweisung an den federführenden Haushalts- und Finanzausschuss und begleitend an den Ausschuss für Landwirtschaft und Forsten. Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall AfD)